

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Verkaufspreis: vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,50 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10 301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgesp. Millimeterzeile 0,15 G.-M., Reklamazeile, zweisp. Millimeterzeile 0,60 G.-M. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dauk G.m.b.H., Berlin SW 29, Belle-Alliance-Str. 16. Fernsprecher: Lützow 8854 u. 4759 Postcheckkonto Berlin 47910.

Vorwärts durch eigene Kraft!

Die Blicke aller am Beruf Interessierten haben sich in den letzten Monaten nach Stuttgart gewandt, wo im August anlässlich der Gartenbauausstellung, die ja bereits in unserm „Gärtnerfachblatt“ besprochen wurde, der erste Verbandstag des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues stattfand.

Auf dieser Tagung sind, wie üblich, von unsern Gartenbauern die verschiedensten Forderungen zur Erhöhung des Gewinns aufgestellt worden. Die Hauptforderung aller Vortragenden lautet natürlich: Schutzzölle! Aber auch manch guter Hinweis ist gegeben worden, um den Beruf vorwärts zu bringen, wobei scharfe Worte gegen die geradezu typische Rückständigkeit so vieler unserer Gärtnermeister gebraucht wurden. Hoffentlich sind all diese Vorschläge auf fruchtbaren Boden gefallen, da wir ja nach alten Prophezeiungen dann, wenn es den Unternehmern gut geht, auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sollen.

Wenn ich hier auf die Stuttgarter Vorträge Bezug nehme, so deswegen, um einen wichtigen Widerspruch festzuhalten. Um die hauptsächlich geforderten Schutzzölle zu erhalten, muß man nämlich der Reichs- sowie den Länderregierungen die Wichtigkeit des Gartenbaues als Wirtschaftsfaktor beweisen. Dies haben alle Redner versucht, auch die Entschliebung weist mit Nachdruck darauf hin, wie folgende Stellen beweisen. Schetelig-Lübeck sagte: Die Regierungen hätten kein Interesse am Wohl und Wehe der deutschen Gärtner, diesem für die Volkswohlfahrt ebenso wichtigen Beruf, wie die Landwirtschaft. In der Entschliebung fordern die in Stuttgart versammelten deutschen Gartenbautreibenden von den Reichs- und Landesbehörden, „daß sie in Anerkennung der volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Bedeutung des deutschen Gartenbaues alles tun, um auch durch Staatshilfe dem Berufsstand ein Weiterbestehen zu ermöglichen.“ Und der Schlußsatz seines Vortrages lautet: „... den deutschen Gartenbau in seiner Stellung als wirtschaftlichen Kulturfaktor dem deutschen Vaterlande zu erhalten.“

Herr Ernst-Möhrling wünschte in seinem Referat „Auslandswettbewerb und Selbsthilfe“ „... daß sich der Gartenbau als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren im deutschen Volksleben auch wirklich durchsetzen wird.“

Derartige Aussprüche — auch aus früherer Zeit — ließen sich noch seitenlang aufzählen. Es ist nun durchaus nicht meine Absicht, die Bedeutung des Gartenbaues als Wirtschaftsfaktor herabzusetzen. Aber ich möchte, dem gegenüber einmal einige charakteristische Äußerungen der Arbeitgeber bei den letzten Tarifverhandlungen vor dem Landesschllichter in München zum besten geben. Der Arbeitgebersyndikus versuchte diese Verhandlung unmöglich zu machen, indem er sagte, die Schlichtungsstellen seien zum Eingreifen überhaupt nur berechtigt, wenn „es sich um Streitigkeiten handle, die Berufe von wirklich wirtschaftlicher Bedeutung betreffe, an dem vorliegenden Streitfall habe jedoch die Allgemeinheit kein erhebliches Interesse.“

Ein solches Armutszeugnis für die Gärtner aus berufenem Arbeitgebermunde hatten wir denn doch noch nicht gehört.

Was ist nun richtig? Hat die Gärtner für die Volkswohlfahrt eine ähnliche Bedeutung als Nährstand, wie die Landwirtschaft, oder trifft das Gegenteil zu, oder ist das von Fall zu Fall anders zu beurteilen, je nachdem es der heilige Profit unserer Gartenbauern erfordert?

Der gewünschte Erfolg des oben geschilderten Manövers blieb aus. Unser Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs

wurde nicht abgewiesen. Welche Lehren haben wir aber aus solchen Fällen zu ziehen?

Die Anrufung der amtlichen Schlichtungsausschüsse zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten wird wohl von keinem Gewerkschafter als Ideal betrachtet werden. Eine befriedigende Regelung ist bisher nur selten erzielt worden. Trotzdem verläßt sich ein ganz erheblicher Teil unserer Kollegen — wie überhaupt ein gut Teil der gesamten Arbeiterschaft — auf diesen Ausweg. Man hofft dabei auf die bekannte „Halbierungs-Methode“ der Schiedsstellen und gibt sich dem Glauben hin, daß schon noch etwas herauspringen wird.

Die Arbeitgeber haben im allgemeinen die Schl.-A. immer ziemlich angefeindet. Es darf hierbei nur an die Parole so vieler Arbeitgeberverbände an ihre Mitglieder erinnert werden, den Vorladungen der Schl.-A. keine Folge zu leisten und dann, wenn zwangsweise Ladung erfolgt, vor dem Schl.-A. jedwede Verhandlung abzulehnen. Welche Verschleppungen sind allein hierdurch in den letzten Jahren oft erreicht worden? Es fehlt jedoch auch nicht an entgegengesetzten Beispielen. Ein geradezu typischer Fall war die Frühjahrsbewegung der bayrischen Bauarbeiter. Hier versuchten die Arbeitgeber durch Anrufung des Landesschllichters, den Bauarbeitern möglichst schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Ihr Vorgehen war auch von Erfolg gekrönt, nur hatte man nicht mit der Standfestigkeit der Bauarbeiter gerechnet. Diese lehnten auch die mehrmals revidierten Schiedssprüche ab und ließen es auf die Aussperrung ankommen, welche jedoch mit einem vollen Sieg der Bauarbeiter dank ihrem tapferen Aushalten endete.

Hier liegt der Kern der Sache. Wir dürfen uns keinesfalls allein auf Zwangstarife mit staatlicher Hilfe verlassen. Wird dieses System zur allgemeinen Praxis, dann ist es aus mit uns. Bei einer Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die ja auch die Stellung der Gewerkschaften stärkt, werden wir bald beobachten können, daß die Arbeitgeber jede Möglichkeit ausnutzen, um mit Hilfe der gesetzlichen Mittel die Arbeiterschaft zu drücken. Ferner darf auch nicht vergessen werden, daß die Gesetze und Verordnungen immer das Gesicht der jeweiligen Regierung tragen. Augenblicklich haben wir als Arbeitnehmer doch von dieser Seite überhaupt nichts zu erwarten. Der Reichsarbeitsminister, ein Zentrumsmann, hat ja durch den geradezu blindwütigen Abbau der Sozialgesetzgebung bewiesen, daß er alles andere als arbeiterfreundlich ist, und die arbeiterfeindliche Haltung unseres bayrischen Sozialministeriums ist ja allen bayrischen Kollegen bekannt. Es bleibt uns deshalb nur das altbewährte Mittel der Gewerkschaftsbewegung: die eigene Kraft! Sie wird uns zum Siege führen und verhüten, daß die Arbeitgeber mit Hilfe ihrer Hintermänner in den Ministerien uns unter dem Deckmantel der Sozialgesetzgebung Gesetze aufhalsen, die uns unterdrücken sollen.

Also, Selbsthilfe ist die Parole! Wir stimmen mit Herrn Ernst-Möhrling überein, wenn er ausrief: „... Mit mehr Berechtigung als je muß dem Gärtnerstand heute zugerufen werden: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ Und an anderer Stelle: „Mit Staatshilfe allein können wir unser Ziel nicht erreichen, wir müssen zur Selbsthilfe greifen.“

Diese Worte sollte sich auch jeder gärtnerische Arbeitnehmer einprägen und nie wieder vergessen. Jedoch die Selbsthilfe des einzelnen ist zu schwach und schafft nicht viel. Fester Zusammenschluß ist notwendig! Groß, dem einzelnen schier unüberwindlich, sind die Hindernisse, die sich uns entgegenstellen, aber unsere geschlossene Organisation wird sie beseitigen! Wo ein Wille, ist auch ein Weg!

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, Sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren. Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände.

sammenschluß und Aufbau hat aber auch die wirtschaftliche und genossenschaftliche Organisation stark entwickelt. Aus kleinen Anfängen und Versuchen heraus wurden Einkaufs-, Verkaufs- und Absatzgenossenschaften an den verschiedensten Orten gegründet. Weitgesteckte Ziele und entwickelteren Geschäftsbetrieb können wir z. B. bei der Süddeutschen Gärtnerei- und Ackerbauzentrale A.-G. (Sütagz), Sitz Neumühl, feststellen und die Gründung der Deutschen Gartenbau- und Handelsbank A.-G. kann als die Spitze dieser wirtschaftlichen Organisation betrachtet werden!

Die gärtnerischen Arbeitnehmer stehen somit heute einer Arbeitgeberorganisation gegenüber, die einen ganz andern Machtfaktor als vor 5 oder 10 Jahren darstellt, die nicht nur zahlenmäßig, sondern auch organisatorisch, wirtschaftlich und intellektuell eine ungemene Entwicklung genommen hat. Das muß erkannt werden! Denn die Kenntnis des Gegners war, ist und bleibt immer ein Vorteil im Kampfe. In dem Maße wie die aufkommenden und erstarkenden Arbeitnehmerorganisationen vor 20 und mehr Jahren den Anstoß dazu gaben, daß aus den Fachvereinigungen sich die Arbeitgeberverbände entwickelten, die heute als starke und geschlossene Wirtschaftsorganisationen dastehen, in demselben Verhältnis muß sich diese Entwicklung wieder auf die Arbeitnehmerorganisationen auswirken! Diese mächtige Entwicklung der Arbeitgeberorganisation muß einen neuen und nachhaltigen Anstoß für alle im Beruf Tätigen bilden, auch ihre Organisation auf diesen Grad der Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit zu bringen.

Diese Notwendigkeit hat uns der Deutsche Gärtnertag in Stuttgart besonders eindringlich gezeigt, darüber nachzudenken, ist vorteilhafter als sich trotz allem Erreichten aufs Schimpfen zu verlegen, ohne selbst Hand anzulegen! Selbst handeln und überlegen, daß in Zukunft noch mehr als bisher Ausdauer, Wissen und fester Willen zur erfolgreichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer erforderlich sind, muß der Kernpunkt unseres Wollens sein: Die Arbeitnehmer als der wirtschaftlich schwächere Teil haben den Zusammenschluß doppelt notwendig, ohne ihn fehlt jeder Einfluß. Die Organisation ist unser Rückhalt, ist unser Schutz! Durch den Zusammenschluß wird vor allem das Selbstbewußtsein des Einzelnen gehoben, er fühlt sich als ein Teil des Ganzen. Der starken und ausgebauten Arbeitgeberorganisation müssen wir eine ebensolche Arbeitnehmerorganisation gegenüberstellen, wenn die allgemeine Hebung des Berufs auch für die Arbeitnehmer Vorteile bringen soll!

Wir müssen uns selbst helfen! Diese Mahnung haben die Führer der Arbeitgeber in den letzten Jahren andauernd erhoben und sie haben es nun erreicht, daß die überwiegende Mehrzahl diese Mahnung beherzigt hat. Wir müssen uns selbst helfen! Diese Erkenntnis muß auch allen gärtnerischen Arbeitnehmern beigebracht werden! Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gärtnereiarbeitnehmer wird ebensowenig von selbst kommen, als die des Berufs, sondern das eine wie das andere wird von dem Grad der Beeinflussung der Verhältnisse seitens der Berufsangehörigen abhängen. Die Bestrebungen der Arbeitgeber zur allgemeinen Hebung des Berufs, Schaffung der ihnen zustehenden Stellung im Wirtschaftsleben, für bessere Preisgestaltung, gründlichere Berufsausbildung usw. können wir nur begrüßen. Welcher Wandel ist beispielsweise in der Frage der Berufsausbildung festzustellen. Vor nicht allzulanger Zeit mußten wir noch um die Fortbildungsschulpflicht der Lehrlinge kämpfen, heute bezeichnen die Führer der Arbeitgeberorganisationen die gründlichste Ausbildung der Lehrlinge als notwendig, möglichst allen Befähigten soll der Besuch einer Fachschule ermöglicht werden!

Wirkliche Vorteile wird die allgemeine Hebung des Berufs uns nur dann bringen, wenn wir mit derselben Geschlossenheit wie die Gegenseite für unsere Forderungen und die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten können! Diese Lehre hat der Deutsche Gärtnertag in Stuttgart allen gärtnerischen Arbeitnehmern erteilt! An ihnen liegt es nun, diese zu beherzigen und in die Tat umzusetzen!

Restlose Organisation der Arbeitnehmer, muß nach wie vor als unser wichtigstes Ziel bezeichnet werden. So wenig eine allgemeine Hebung des Berufs ohne die Mitwirkung einer geschulten und leistungsfähigen Arbeiterschaft möglich ist, so wenig können die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer ohne eine starke und geschlossene Arbeitnehmerorganisation vertreten und gehoben werden!

Darum tretet Eurem Berufsverband, dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter bei, er ist der Vertreter Eurer Forderungen!

F. Arnold, Stuttgart.

„Die Kirche will herrschen, und da muß sie eine bornierte Masse haben, die sich duckt und die geneigt ist, sich beherrschen zu lassen. Die hohe, reichdodierte Geistlichkeit fürchtet nichts mehr als die Aufklärung der unteren Massen.“

„Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen. Dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht: wohlan, der Mensch ist da, sie besser zu machen.“

Goethe.

Von der bayrischen Eigenart.

Darüber ist schon so manches gesagt und geschrieben. Der eine und der andere hat auch versucht, diese Eigenart auf eine kurze Formel zu bringen.

So sagt Fr. Th. Fischer: Der Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschen besteht darin, daß die einen mehr sagen als sie denken und die andern mehr denken als sie sagen. Heinrich Hansjakob drückt sich etwas drastischer, ungefähr so aus: Bis mir Bayern omal „Wurscht“ sagn, habn sie die Preißn lang gressn!

Ich habe sie nun auch kennen gelernt und will versuchen, meine Erlebnisse auf diesem Gebiet an einem Beispiel zu veranschaulichen.

Es war an einem der schönen, in den Vorbergen der Alpen liegenden Seen Bayerns eines Sonntags Nachmittags. In dem Hinterstuhl eines Gasthauses sitzen einige Dutzend Männer beisammen, in denen der Eingeweihte unschwer Gärtner erkennt. Sogenannte „Herrschaftsgärtner mit 50 oder 60 Mark, wenn's hoch kommt, oder die Scham stärker ist als die Ehrlichkeit, sollen es auch mal 100—120 Mark im Monat sein. — Der Referent, die derzeitigen argen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Wege zu ihrer Besserung besprechend, hat geendet. Zögernd zunächst beginnt die Aussprache. Einer nach dem andern bestätigt dann, daß es tatsächlich recht arg aussieht, besonders mit der Entlohnung, und daß ein fester Zusammenhalt recht nötig täte.

Da erscheinen noch zwei verspätete Gäste. Es währt aber nicht lang, und sie beteiligen sich recht hervorragend an der Aussprache. — „Dös is scho recht,“ beginnt der eine, „dös mit dr Einigkeit. Aber die kriagen mir bei d' Privatgärtner nöt. Dö san do selber schuld; die Herrschaften san scho guat, do san scho viel Norddeutsche dobei. Bloß die Gärtner mögn nix doan¹⁾, dö kema²⁾ aus 'n Wirtshaus nimma raus, dö verstenga³⁾ nix — und noch dies und das.“

Die Kollegen hören sich das seltsam ruhig mit an, aber der das sagte, war halt ein Obergärtner (einer Landschaftsfirma), also eine „Autorität“ —.

Da beginnt der andere späte Gast: „Dös is scho recht. Einigkeit müßt scho san. Aber i moan, solange uns die Berliner an Norddeutschen auf d'r Nasen setzn, wirts nix mit d'r Einigkeit.“ „Jo“, ruft der andere dazwischen, „worum soia⁴⁾ mir unser Geld noch Berlin schiekn, wo di gscheertn Schlawiener so a Sauwirtschaft treibn, wo mir hier in Bayern scho so vui⁵⁾ Steiern zoahn un di Saupreiß koane?“ Da hebt ein Brummen und Gemurmel an, das sich schnell zu Beifallskundgebungen und erregten Zwischenrufen steigert.

Der Referent greift ein, erklärt, wenn doch kein bayrischer Kollege zur Führung der Geschäfte sich bereit findet, dem Hauptvorstand nichts anderes übrig bleibt, als einen anderen geeigneten Kollegen damit zu betrauen, daß die Schilderung der ungerechten Steuerverteilung zwischen Nord- und Süddeutschland völlige Unwahrheiten seien, erinnert an unsern Streik in Bayern im Jahre 1921 und andere Gelegenheiten, wo erhebliche Mittel grad von Norddeutschland den Kollegen zugeflossen seien, usw. Es nützt nicht viel, die „bayrische Eigenart“ ist entfesselt! Der von der bürgerlichen Presse aller Richtungen seit 5 Jahren systematisch geschürte Haß gegen die Republik, gegen „Berlin“ findet in dem geschickt betonten und vertieften Partikularismus seine stärkste Stütze und unsere „Freunde“ benutzen jetzt jede Gelegenheit, diesen auch in die Gewerkschaftsbewegung hinein zu tragen.

Im Nu waren auch unsere Privatgärtner wieder am Polifisieren, ein rechtes Biertisch, „dischkuriern“ ist im Gang. Da ruff's dazwischen: „Pfalz!“ — Einen Augenblick Stille. Dann aber tönt's im echtbayrischen Bierbaß: „Die Pfälzer, dös san koane richtiga Bayern!“ und in wieder steigender Erregung: „Erscht recht net d'Frankn, die damischen Lackl! Was brauchn dö mir? Mir brauchain bloß a Königreich Minka⁶⁾ — —“. Da kling't in heiterer Ruhe: „Jo, recht host scho, mit dr Hauptstadt — Hofbräuhaus!“ — Stürmisches Gelächter löst die gewitterschwüle Stimmung — und schon ging's anders aus. Einer der unsern, ein echt bayrischer Privatgärtner nimmt das Wort: „Kollegen! Laßt uns doch mal die Herrn anschau, die uns mit ihrem damischen Geschwafel die Köpfe warm machen wolln. Sind die denn nicht schon zu allen Zeiten die Stärkeren gewesen?“

Der eine als Landschaftsobergärtner möchte am liebsten alle Kollegen aus ihren Stellen herausheben, um die Gärten alle in Kundenschaftsarbeit zu kriegen, und der andere „Herr“ Kollege war die kurze Zeit, wo er einmal Verbandsmitglied gewesen, auch nur so ein Zwangsmitläufer, dessen tatsächliche Gegnerschaft uns schon lange kein Geheimnis mehr ist. Mag er doch bei den Gartenbauern, den Unternehmern, deren Verband er als sein Ideal erblickt, seine Haßpestel von der bayrischen Eigenart predigen. —

Das ist noch das besondere und eigentümliche. Ausgerechnet die beiden Herren, die hier die „bayrische Eigenart“ uns als Knüppel zwischen die Beine werfen möchten, sind keine Bayern, sondern Schwaben von Stuttgart her. Wir wollen nun nicht etwa in denselben Fehler verfallen, aber gegen solche

1) tun, 2) kommen, 3) verstehen, 4) sollen, 5) viel, 6) München.

„Schwabenstreiche“ gibt's a bayrisches Grauf, wenn's glüset. — Wir Arbeitnehmer im Verband der Gärtner wissen wohl die Eigenarten der einzelnen Stämme zu schätzen und zu berücksichtigen, aber wo man sie als trennende Schranken zwischen uns aufrechten will unter dem Motto: „Teile und herrsche“, da reißen wir sie nieder, um uns brüderlich die Hände zu reichen zum gemeinsamen Kampf gegen alle die offenen und versteckten Feinde, die unsern gewerkschaftlichen Idealen und Zielen sich entgegenstellen.“

So denkt und handelt unsere bayerische Mitgliedschaft, besonders auch unsere Guts- und Privatgärtner, die in harter Schulung zu treuen Vorkämpfern unserer gewerkschaftlichen Idee und Organisation geworden sind. Das bürgt uns auch in Bayern den Erfolg trotz alledem. Alb. Lehmann, z. Zt. München.

Stimmen über den Krieg.

Des Menschengeschlechtes Brandmal alle Jahrhunderte hindurch, der Hölle lautestes, schrecklichstes Hohngelächter ist der Krieg.
F. G. Klopstock.

Der Krieg mag einmal naturnotwendig gewesen sein, aber muß er es auch bleiben? Die Sklaverei, die Völkerwanderung, die Inquisition waren zu ihrer Zeit notwendig, und doch haben sie aufgehört. Der Mensch entwickelt sich eben. Peter Rosegger.

Der Krieg ist der Quell aller Übel und Sittenverderbnis, das größte Hindernis des Moralischen. Immanuel Kant.

Es ist verkehrt, den Mord im Frieden zu bestrafen, und den Mord im Kriege zu belohnen. Es ist verkehrt, den Henker zu verachten und selbst, wie es Soldaten tun, mit einem Menschenabschlachtungsinstrument, wie es der Degen oder der Säbel ist, stolz herumzulaufen. Verkehrt ist es, die Religion Christi, diese Religion der Duldung, Ergebung und Liebe, als Staatsreligion zu haben und dabei ganze Völker zu vollendeten Menschenschlächtern heranzubilden. Gerhard Hauptmann.

Solange noch eine Kanone gegossen wird, solange noch ein Mensch einen andern tötet, ist keine Religion auf der Welt; solange noch ein Geistlicher einen Menschen schwören läßt, auf Kommando seinen Bruder zu töten, ist alles Kirchentum eitel Lüge. Berthold Auerbach.

Der Krieg ist eine Ironie auf das Neue Testament.

Kaiser Friedrich III.

Jeder Schwertstreich entehrt und verwundet irgendwie die ganze Menschheit. Jeder Spatenstich bereichert sie. Gerhard Hauptmann.

Bisher kennen die Menschen vereintes Handeln nur zur Verteidigung ihres Lebens und zur Vernichtung anderer im Kriege. Eine nicht geringere Notwendigkeit wird jetzt gemeinsame Gütererzeugung zur Erhaltung ihres Lebens im Frieden erzwingen. Robert Owen.

Ein edler Mensch, der für sein Vaterland, ein edlerer, der um die Freiheit — doch der edelste, der für die Menschheit kämpft. Immanuel Kant.

Ihr habt bei Nacht und Nebel gekriegt,
Und euer Feind, der liegt besiegt;
Doch als man die Leiche bei Licht erkennt,
Da war's euer eigenes Vaterland.

Grillparzer.

Schiedsgericht und Weltfriede eine umgrenzte Bewegung? Es bedeutet nichts. Geringeres als die Umwälzung aller landläufigen Erziehung, Politik, Moral, Gesellschaftsordnung.

Berta v. Suttner.

Welch ein Jammer, wenn man die kindische Neigung vieler Leute für Gewehre und Trommeln beobachten muß. Begreifen sie denn nicht, daß der Krieg selbst dem Sieger nur Elend und Not einbringt, und daß er nur ein grauenhaft blödsinniges Verbrechen ist, seitdem die Völker miteinander durch die Gemeinschaft der Kunst, der Wissenschaft und der Wirtschaft verbunden sind? Wahwitzige Europäer sind es, die daran denken, sich gegenseitig die Kehle durchzuschneiden, während eine einzige Kultur sie umschlingt und vereint. Anatole France.

Das gute Einverständnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern — Deutschen und Franzosen —, das ist der Punkt, von dem alle politische Freiheit, aller zivilisatorischer Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kultur-entwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt! An diesem Punkt hängt nicht nur das Schicksal einer europäischen Nation — es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie. Ferdinand Lassalle.

Aus der Stuttgarter Gärtnerbewegung.

Die Mißstimmung über die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die weite Kreise der Arbeiterschaft erfaßte, hat auch einen Teil unserer Kollegen beeinflußt! Das ist teilweise verständlich! Unser Beruf hat mehr als mancher andere

unter dem wirtschaftlichen Niedergang der letzten Jahre gelitten und abgesehen von der Landschaftsgärtnerei ist die Arbeitsmöglichkeit andauernd zurückgegangen. Nicht zu verstehen ist es aber, daß all die viele von der Organisation geleistete Arbeit und all die erzielten Erfolge als etwas Nebensächliches oder gar als Nichts betrachtet und bezeichnet werden! Wie es ohne die Tätigkeit der Organisation und ohne die aufopfernde Tätigkeit der organisierten Kollegen mit der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aussehen würde, darüber machen sich viele allerdings keine Gedanken.

Da kommen mir nun zur rechten Zeit einige Aufzeichnungen in die Finger, die Kunde aus früheren Jahren und Kämpfen geben und den Protokollen des Gärtnervereins „Viola“ Stuttgart entstammen. All denen, die sagen, es ist nichts erzielt worden, sollen sie zeigen, daß durch die Organisation viel erreicht wurde, allerdings nicht über Nacht, wie es sich manche Kollegen denken, sondern durch mühselige, opfervolle, jahrzehntelange Organisationsarbeit! Zugleich geben diese Aufzeichnungen eine kleine Geschichte der Stuttgarter Gärtnerbewegung und es kann nichts schaden, wenn unsere jungen Kollegen erfahren, wie schwer es war, unsere Organisation auf den heutigen Stand zu bringen.

Die Gründung des „Viola“ erfolgte im Jahre 1872 und aus den noch vorhandenen Protokollbüchern ist zu entnehmen, daß in den 70er Jahren ein reges Vereinsleben bestanden hat. Als Zweck des Vereins wurde die Förderung der fachlichen Ausbildung und die Pflege der Kollegialität bezeichnet. Letzteres scheint in etwas ausgiebigem Maße mit Hilfe einer „Gießkanne“ erfolgt zu sein, von welcher in fast jedem Protokoll der 80er Jahre die Rede ist. Am 19. Juli 1879 erfolgte der Anschluß des Vereins an den Deutschen Gärtnerverband. Einige bezeichnende Einblicke in die damalige Einstellung geben uns folgende Angaben: 1882 wurde beschlossen, daß man keine Krankenkasse für Gärtner brauchte, da diese ja nur selten oder gar nicht krank werden! Ebenso wurde der Austritt aus dem Deutschen Gärtnerverband beantragt, da man nicht damit einverstanden war, wirtschaftliche Fragen zu behandeln.

Aber bereits 1892 und 1894 zeigte sich, daß ein Teil der Kollegen sich auch mit der wirtschaftlichen Lage befaßte. Wie ist den Gärtnergehilfen am besten aufzuhelfen? Wäre es nicht angebracht, dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein beizutreten? Wie stellt sich der Verein zu den Lockungen der Sozialdemokratie? und dergleichen Fragen tauchten auf!

Geklagt wird andauernd über die lange Arbeitszeit, die in der Rosenberg-, Forst- und Militärstraße, dem damaligen Stuttgarter Gärtnerviertel, bis 10 und 11 Uhr abends dauerte, und es wurde beschlossen, eine Eingabe zu machen, daß wenigstens Sonntags um 9 Uhr Feierabend sei, damit die Gehilfen auch in die Versammlung kommen können. Diese konnten immer erst um 10 Uhr beginnen und bei den damaligen Monatslöhnen von 10 bis 18 Mark für die Junggehilfen ist es verständlich, daß die Versammlungen am Monatsende immer sehr schlecht besucht waren, „weil den Kollegen das Geld fehlt“, wie ein ehrlicher Schriftführer einmal vermerkte!

1895. und 1896 scheint ein lebhafterer Geist geherrscht zu haben. Die Frage, wie lange dauert es denn noch, bis es die Gärtner den andern Handwerkern nachmachen und streiken, rief am 9. Mai 1896 eine erregte Debatte hervor, als deren Ergebnis ein Schreiben an Herrn Pfitzer um geregelte Arbeitszeit und die Einberufung einer allgemeinen Gärtnerversammlung beschlossen wurde. Aus den vielen Klagen über schlechte Behandlung, Beschimpfung usw. ist zu schließen, daß es damit nicht am besten bestellt war. Die „Schwäbische Tagwacht“ brachte zu der Zeit ebenfalls einen Artikel über die Zustände in den Gärtnereien und besonders über die Kost- und Wohnungsverhältnisse, wodurch die Öffentlichkeit aufmerksam wurde. Von den zahlreichen Maßregelungen der tätigen Kollegen nehmen die Protokolle nur versteckt Notiz. Im August 1896 wurde vom Gewerkschaftskartell eine Versammlung einberufen und ein Zweigverein der „Deutschen Gärtnervereinigung“ gegründet. Am 29. Mai 1897 trat die „Viola“ dem „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein“ bei.

Anläßlich der Rosen-Ausstellung fand am 18. Juni 1899 eine große Versammlung statt, die eine Resolution zur Regelung des Lehrlingswesens, der rechtlichen Stellung der Gärtner und der Arbeits- und Lohnbedingungen faßte. Den 8. Juli 1899 bezeichnet der Schriftführer als „einen großen Tag“, da in der Versammlung 65 Mitglieder und 95 Gäste anwesend waren und 50 Aufnahmen gemacht wurden. Bei der Abstimmung über ein Schreiben betr. Arbeitszeitregelung wird eine Mehrheit für das bestimmter gehaltene Schreiben des Kollegen Otto erzielt. Der bisherige Vorstand legt sein Amt nieder, Otto wird zum Vorstand gewählt und begeistert begrüßt. Im April 1900 wird die 11 stündige Arbeitszeit gefordert und am 16. April, dem Ostermontag, eine große öffentliche Versammlung abgehalten, die wohl einen starken Eindruck machte, denn die 11 stündige Arbeitszeit wurde bewilligt. Allerdings wurde bereits im Juni über deren Nichteinhaltung geklagt und sie scheint überhaupt nicht lange beachtet worden zu sein, denn am 30. März 1901 beschloß eine von 200 Kollegen besuchte Versammlung folgende Forderungen: Einführung der 11 stündigen Arbeitszeit, Aufhebung der nicht notwendigen Sonntagsarbeiten, Zahlung von Wochenlöhnen, Minimallohn 6 M. die Woche. Erst am 4. Mai konnte zu der Antwort der Arbeitgeber Stellung

genommen werden, die als ein Armutzeugnis der Stuttgarter Handelsgärtner bezeichnet wird.

Im Oktober 1901 wird in einer öffentlichen Gärtnerversammlung von dem Gewerkschaftssekretär Näther das Referat gehalten und darauf der Anschluß an das Stuttgarter Gewerkschaftskartell beschlossen. Im März 1903 waren 5 öffentliche Versammlungen, die einen Besuch bis zu 200 Kollegen aufwiesen! Es wurden wieder folgende Forderungen gestellt: 11stündige Arbeitszeit in der Handelsgärtnerei, 7 Uhr Feierabend, jeder zweite Sonntag frei, 10 stündige Arbeitszeit in Baumschule und Landschaft, 35 Pf. Stundenlohn, Überstunden mit 25 % Zuschlag, Abschaffung von Kost und Wohnung beim Arbeitgeber.

Als Gegner dieser Forderungen tat sich besonders der Obergärtner Kanzleiter der Firma Pfitzer hervor, was allgemeine Entrüstung bei den Gehilfen auslöste. „Die Pfitzerei“ scheint überhaupt sehr als Bremsbock gewirkt zu haben. Die Antwort des Arbeitgebervereins „Flora“ lautete, daß er keinen Druck auf seine Mitglieder ausüben könne und es den einzelnen Geschäften überlassen müsse zu verhandeln oder nicht.

Allzuviel ist dabei nicht herausgekommen und viele Kollegen reisten ab. Bei der Einstellung der Stuttgarter Kollegen war es begreiflich, daß sie bei der Urabstimmung im Oktober 1903 geschlossen für den Anschluß an die Freien Gewerkschaften stimmten. In den folgenden Jahren wurde die Organisation ausgebaut, 1905 die Ortsverwaltung Stuttgart errichtet. Die Versammlungen, besonders im Frühjahr 1906, weisen einen Besuch von 160, 180 und über 200 Kollegen auf. Erneut wurden Forderungen gestellt. Der Streik in der Villa Berg war der erste Gärtnerstreik in Stuttgart, dem noch einige Betriebe folgten. Es konnten jedoch nur Teilerfolge erzielt werden, da die Ausdauer fehlte. Mancher Kollege ging ab, weil er sich fürchtete, den Kampf offen aufzunehmen und da außerdem andauernd mit Maßregelung wegen Verbandzugehörigkeit gerechnet werden mußte, war die Organisationsfähigkeit keine leichte. Erst 1909 ging es wieder aufwärts, besonders unter den Landschaftsgärtnern hatte die Organisation Fuß gefaßt und 1910 wurde bei der Firma Bertz & Schwede, die damals über 100 Mann beschäftigte, eine Bewegung geführt und 40 Pf. Stundenlohn erreicht. Am 1. April 1911 traten die Landschaftler mit 200 Kollegen in den Streik, nachdem auf ihre Forderungen nicht eingegangen worden war. Mit 4 Firmen, darunter Bertz & Schwede, wurden Firmentarife abgeschlossen, ein allgemeiner Tarif konnte aber trotz 14 tägigem Streik nicht durchgesetzt werden, immerhin wurden die gestellten Forderungen größtenteils erfüllt.

Die Organisation in Stuttgart war erstarkt, der Kollege Aug. Albrecht-Frankfurt a. M. wurde als Gauleiter angestellt und Stuttgart wurde der Sitz des neuen Gaues. Die Jahre 1912 bis 1914 zeigen uns ein reges gewerkschaftliches Leben. Allerdings wurden alle Mitglieder bis auf wenige während des Krieges eingezogen.

Das war die grundlegende Vorarbeit, an welche im November 1918 die heimkehrenden Kollegen anknüpften! Am 1. Dezember 1918 fand die erste Versammlung, am 7. Dezember bereits die erste Versammlung mit den Arbeitgebern statt! Was folgte, ist den Kollegen bekannt: Ein andauernder Kampf, erst um Tarif und Arbeitszeit, später um die Lohnzulagen! So mußte sich die Organisation ihre Stellung erringen! Vergleicht man die Lage unserer Kollegen von heute mit der vor 10 und 20 Jahren, so kann nur böse Absicht und bewußte Herabsetzung der Organisationsarbeit behaupten, daß nichts erreicht sei.

Vor allem haben wir das Selbstbewußtsein der Kollegen geweckt, und das allein ist eine wichtige Kulturarbeit! Ohne die jahrzehntelange Vorarbeit unseres Verbandes wäre die Durchführung der ganzen Tarifbewegungen in den letzten Jahren nicht möglich gewesen.

Aus dem rechtlosen Gärtnergehilfen ist ein klassenbewußter Arbeitnehmer geworden, der seinen Platz im Wirtschaftsleben behaupten und ausfüllen will. Zu dieser Erkenntnis hat ihn die Organisation gebracht! Die Gleichberechtigung hat sich die Gärtnerarbeiterschaft lediglich durch ihre Organisation errungen!

Nun heißt es, das Erreichte festzuhalten und auszubauen!

Kollegen im Gau Stuttgart! Zeigt, daß wir dazu bereit sind durch eine unausgesetzte Aufklärungsarbeit und durch restlose Erfassung aller Kollegen im Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter!

F. Arnold, Stuttgart.

Wie ein „Edelweiß“ wieder zum „Blühen und Gedeihen“ kam.

Der Gärtnermeister Huber saß recht schlecht gelaunt beim Fröhschoppen. Trotzdem er den Kostenanschlag für die Neuanlage eines Landhausgartens so niedrig als möglich gehalten hatte, war ihm der schöne Auftrag wieder einmal entgangen. Die Konkurrenz war eben trotz aller Preisvereinbarungen und trotz des großen Rupflin grad in Bayern schon wieder in voller, wenn auch nicht grad in schönster Blüte. Und ausgerechnet zur

Wieviel gesunde Männer unter sechzig Jahren leben in einem zivilisierten Lande von ihren Renten? Wieviel junge Männer begründen ihre Existenz auf die Ehe mit einer Erbin?

Wieviel unproduktive Familien hat ein Land von Geschlecht zu Geschlecht zu ernähren? Walther Rathenau.

selben Stunde kommt ihm da die Mitteilung, daß der Lohnarif „schon wieder“ um 3 Pfennig erhöht worden ist. „Herrgottsakra! Saubande dös! Rote Teifi!“ kommt's aus dem Gehege seiner Zähne. —

„Grüas di Gott!“ kling't ihm da recht freundlich und zweistimmig ins Ohr. Es sind die Herren Samenhändler Seltenkeim und Schnapshändler Urspritt, beides ehemalige Gärtner, denen die Aussicht, das Angenehme eines Fröhschoppens mit dem Nützlichen eines Geschäftsabschlusses verbinden zu können, die Gesichter besonders freundlich erglänzen läßt. Doch selbst das unerwartete Wiedersehen mit fröhlichen Zechkumpanen konnte die Laune des guten Huber nicht verbessern. Bald aber waren diese über die Gründe seines Mißmutes im Bilde und zustimmend nickten die stiernackigen Köpfe: „Freili, freili, dös is a Saustall mit dera G'werkschaft“ und „dös muß andersch wern.“ — „Ja, aber wie machn mer dös?“ „I habs!“ schreit der Urspritt, „mir gründn an Lokalverein! Do kriagn mirs scho wiedr — mit der Harmonie wie's früher war.“ „Dös wär scho guat, aber i glaub nöt, daß die G'hilfn heit noch so damisch san, daß sie's nöt merkn, woas mir vorhabn,“ meint bedächtig der Seltenkeim. „Da müssa mir sie halt damisch machn,“ sagt etwas leiser der Urspritt, „i hoabs scho, mir kimmts aufn poar Markln nöt oa, dös kimmt nachr scho wiedr eini.“ Und mit listigem Augenzwinkern zum Seltenkeim: „Und für Di schaut doch a guats G'scheft bei raus, wenn mir die Privatgärtner zamm kriagn.“ „Freili, freili,“ betont der Huber, „i denk a, dös G'scheft rentiert sich scho.“

Und so ward beim ausgedehnten Fröhschoppen der Pakt geschlossen. — Der Huber redet noch mit dem Obergärtner von der gräflichen Gartenverwaltung, der angesichts der winkenden Ehre eines „Ersten Herrn Vorsitzenden“ in Verzückerung und Begeisterung gerät und mit Eifer, mehr oder minder gemüthlichem Nachdruck und gelegentlichem Hinweis auf ein reichliches Freibier usw. die „guete Sach“ betreibt. Und eines Sonntags wurde dann in feierlicher Gründungsversammlung das in stürmischer Zeit einstmals entwurzelte „Edelweiß“ neu in Kultur genommen und ihr „Blühen und Gedeihen“ ganz gehörig begossen. Als erste gewaltige „Taten“ wurden einige Gönner und Stifter in den Stand der Ehrenmitglieder erhoben und dann unter nicht endenwollendem Jubel ein Fest beschlossen, das alle ehemaligen und derzeitigen Jünger der Göttin Flora, soweit sie als zünftig anzuerkennen waren, vom Lehrbuben bis zum Gärtnermeister und Gartenbaudirektor in trauter Harmonie vereinen sollte. Danach wird sie dann kommen, die gute alte Zeit, wo die einen zufrieden waren und die andern zufrieden sein mußten.

Einige Tage nach diesem der Harmonie geweihten Feste sitzen die Drei wieder beieinander beim Fröhschoppen. „Dös war a Gaudi,“ lacht der Urspritt, „dös G'scheft hot sich rentiert — i bin zufriedn. Und i sog', dr Überschuß vom Fest, die 300 Markln, die steckn mir glei wiedr ins G'scheft. — I schlog vor, mir arranschieren an Ausflug für dös Geld, da kost's uns gor nix mehr.“ „Freili, freili, dös machn mir.“ „Und wie dös zamm gange is mitn Glückshafn.“ — Die bestn Sachn, san doch wiedr an die richtiga Leit kemma. — „Aber des Schönst' wor halt d'Harmonie! Jesses die Freid', die Freid'! Wie dr Garteninspektor mein G'hilfn auf dr Schultr gklopft, da moant dr scho glei, bei die Stadt'n'guatn Postn zu kriagn. Der soll aber scho noch a Weil drauf luern und derweil will i scho no recht vui Arbeit aus ehm rausschindn,“ meint der Huber. „Ja mei, gor narrisch warn die Privatgärt'r, woas die sich vui g'eht g'ieht hoabn und g'schwolln gworden san —, der oane hots Katznbuckln imma bessr kennt als dr andre. Mei Lieba, dös wor gor a Gaudi!“ Verständnisinnig lachen und schau'n die Drei sich an, dann spricht der Huber weiter: „Wan's nur überall so Verein zammbringn dät, do wärs gor mit dem Saustall von die G'werkschaft und dm gottsverdammt'n Tarif, Herrgottsakra!“

Auch der mit den 300 M. finanzierte Ausflug war wieder recht „harmonisch“ verlaufen. — Zwar von einigen war dies und das gemunkelt worden, was beim Feste nicht so ganz richtig zugegangen sei. Aber das Freibier und einige schöne Ansprachen hatten dann doch wieder alle Zweifel ausgetilgt. Aber — am andern Tage war ich d'ungewollter Zeuge einer Aussprache zwischen einem Privatgärtner und dessen besseren Hälfte, von der ich, rücksichtsvoll wie ich nun einmal bin, nur ein paar Reden der Frau wiedergeben möchte.

„Dös fällt mir gor nöt. — Alleweil im Rausch hoankemmanun eir Edelweißg'schicht und koa Geld mehr im Sack, — do wors bei dr G'werkschaft scho bessr, do hots mit dn Beiträgn doch lang nöt so vui kost a jetzt die Vereinsmeirei! Do hot mir die Vrband'sach scho g'falln. — i moan, mei Lieba, Du gehst wiedr nei in die G'werkschaft, dös mir a bald andre Zustand kriagn!“ —

Gloffi.

Wacht auf!

Ihr habt lange genug geschlafen!

Man sollte glauben, daß ein Mensch wie der Gärtner, der Tag für Tag in frischer Luft, im Freien arbeitet, der täglich beobachtet, wie jede Pflanze, jeder Baum, jeder Strauch, die ihm oft vom Menschen angelegten Fesseln abzustreifen versucht, der das ganze nach Freiheit ringende kämpfende Wesen der Natur täglich empfindet, vielmehr empfinden sollte, daß dieser Mensch dieses freiheitliche Wesen in sich aufnimmt, um sich selbst in der errungenen Freiheit zur vollen Entfaltung zu bringen.

Man sollte es glauben, doch dem ist nicht so. Es steht vielmehr fest, daß der das ganze Jahr, ja das ganze Leben in dumpfe stickige Fabriksäle gezwängte, an die Maschine gekettete Industriearbeiter einen größeren Freiheits-Kampfgeist aufweist, als der unter oben beschriebenen Verhältnissen arbeitende Gärtner. Bei diesem ist vielmehr eine apatische, fast ans Stupide grenzende Gleichgültigkeit für alle sein eigenes Ich betreffende Notwendigkeiten und vor allem gegenüber seinen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen.

Das muß endlich anders werden! Wie das gemacht werden muß, soll Zweck dieser Zeilen sein.

Wir haben bei uns in Bayern einen Landestarif für die bayerischen Gärtnereibetriebe, abgeschlossen zwischen dem Verband der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter einerseits und dem Fachausschuß für Gärtnerei (Unternehmer-Verband) andererseits, der Abmachungen über Lohn und Arbeitszeit enthält, die zwar noch sehr verbesserungsbedürftig sind, aber im Gegensatz zur Vorkriegszeit einen Vergleich mit den meisten anderen Berufen aushalten. Ganz anders aber, viel zu unseren Gunsten, könnte dieser Tarif ausschauen, wenn jeder Kollege, ganz gleich in welcher Berufssparte er arbeitet, ganz gleich, ob er nun Obergärtner, Gehilfe, Gartenarbeiter (Arbeiterin) oder Lehrling ist, sein möglichstes an dem Zustandekommen dieses Tarifes, an seine Verbesserung, sowie hauptsächlich aber an der Durchführung getan hätte.

Ich werde mir erlauben, einen jeden Kollegen einem kleinen Verhör zu unterziehen und ihn zu fragen: Was hast du getan? und ihm aber auch sagen, was sollst du tun, um deine Lebensbedingungen zu verbessern und zu einer auskömmlichen Existenz zu gelangen.

Da frage ich zuerst den Kollegen, der bereits Mitglied unseres Verbandes ist: Hast du schon genügend getan am Ausbau deines Verbandes? Hast du das, was dein Verband bei den Verhandlungen von den Unternehmern herausgeschunden hat, auch in die Wirklichkeit umgesetzt? Hast du schon ein neues Mitglied gewonnen?

Denke nicht, die Verwaltung, auf die du gelegentlich kräftig schimpfst, wird's schon dechseln, sondern wisse, daß die beste Vorstandschaft zur Unfähigkeit verurteilt ist, wenn sie nicht von der Masse der Mitglieder tatkräftig unterstützt wird. Besuche deine Versammlungen regelmäßig — sie finden nicht allzuoft statt — damit du immer auf dem Laufenden bist, je größer die Zahl der Versammlungsbesucher ist, desto interessanter werden sich die Versammlungen gestalten. Teile alles Wesentliche, was in deinem Betrieb vorkommt, deinem Vorstand mit, er ist auf deine Mitarbeit angewiesen. Knausere nicht mit deinen Beiträgen. Wenn du 10 Pf. mehr bezahlst, so spürst du das nicht, zusammen macht es aber eine Summe aus, die dein Verband zur Vorbereitung und zur Durchführung kommender Kämpfe sehr gut verwerten kann. Werbe nicht nur im Frühjahr, sondern beständig unter den Unorganisierten! Sei ihnen ein Vorbild und versuche sie von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen. Mache dir den Grundsatz zu eigen: Jedes Mitglied werbe ein neues! Nur wenn du das alles getan hast, kannst du Anspruch darauf erheben, als vollwertiges Mitglied zu gelten.

Nun ihr Unorganisierten, wie steht es mit euch? Warum kommt ihr nicht, warum wollt ihr nicht zu uns? Im vergangenen Frühjahr gabt ihr uns zur Antwort, wir brauchen keinen Verband, wir bekommen den Tarif auch ohne Verband, wir bekommen sogar über den Tarif bezahlt. Wie steht es denn heute? Werdet ihr heute auch noch über Tarif bezahlt? Seit dem Frühjahr ist der Tariflohn um ein erhebliches gestiegen. Ihr aber arbeitet zu eurem und eurer Kollegen Schaden unter Tarif und untergrabt dadurch eure eigene Existenz. Ihr glaubtet, die paar Groschen Beitrag sparen zu können und heute müßt ihr die Folgen tragen. Ein Teil von euch sagte, wenn wir uns organisieren, werden wir entlassen und doch konnten wir feststellen, daß hier, wo die arbeitende Kollegenschaft zu gut 60% organisiert ist, von 30 arbeitslosen Gärtnern nur 7 organisiert sind, daß also die Arbeitslosigkeit unter den Unorganisierten 5 mal so stark ist, als unter Organisierten. Daraus ergibt sich klar und deutlich: Der Unternehmer wirft euch auf die Straße, wenn er eure Arbeitskraft nicht mehr braucht, gleichgültig, ob ihr dem Verband angehört oder nicht. An euch liegt es nun, eure Lage zu verbessern, indem ihr euch uns anschließt und ein Glied bildet in den Reihen der kämpfenden, vorwärtsdrängenden Kollegenschaft. Darum zögert nicht länger, wartet nicht bis zum Frühjahr, sondern kommt heute noch.

Nun noch ein Wort zu euch Kollegen, die ihr schon einmal ganz gute Gewerkschafter wart, aber aus Oppositionsgründen aus Verärgerung über die sogenannten Bonzen aus dem Verbandsausgetreten oder ihm ferngeblieben seid. Ihr sagt, es ist schade für jeden Pfennig, den man in den Verband zahlt, denn er leistet nichts, die Gewerkschaftsbürokraten mögen nicht und wollen nicht. Gut, ich selber bekenne mich zur gewerkschaftlichen Opposition und glaube, daß viel versäumt worden ist, was anders und besser gemacht werden konnte. Aber solange du dich tatenlos auf die Seite stellst, hast du jedes Recht zur Kritik verloren. Innerhalb der Gewerkschaften bietet sich dir ein reiches Arbeitsfeld und die beste Gelegenheit, unsere Ideen weiter zu verbreiten. Gleichzeitig schlagen wir damit unseren Kollegen von der andern Richtung das Argument aus den Händen, mit dem oft gearbeitet wird: Wir seien Zerstörer, die Zersplitterer der Gewerkschaften. Die Parole muß lauten: **Hinein in die Gewerkschaften bis zum Endkampf, zum Endsieg des Proletariats.**

Euch allen aber, die ich hier angeführt habe, rufe ich nochmals zu:

Wacht auf!

Ihr habt lange genug geschlafen!

Gg. Wildner, Nürnberg.

Der Spaltbazillus in den christlichen Gewerkschaften.

Am 15. März d. J. schrieb die christliche Gärtnerzeitung, der rote Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter sei kommunistisch durchwühlt, wobei man förmlich die Freude an dem erhofften Zerfall unserer Organisation spürte, obgleich dazu auch nicht die allergeringste Veranlassung vorlag, weil wir auch nicht einen einzigsten Kommunisten wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhalten auszu-schließen brauchten. Lediglich der Wunsch war also der Vater des Gedankens, weswegen wir auch nicht weiter auf diese Gedankenblitze eingingen, trotzdem es schon damals sehr nahe gelegen hätte, den verehrlichen Schreiber auf die konfessionellen „Wühlereien“ innerhalb seiner Organisation in den ersten 1½ Jahrzehnten ihres Bestehens hinzuweisen, die er natürlich nicht kennen kann, weil er damals sicher noch gar nicht lebte.

Der Kampf zwischen der Kölner und Berliner Richtung um die Frage, ob streng ultramontane Fachabteilungen oder interkonfessionelle „Gewerkschaften“ tobte in nicht gerade christlicher Liebe oder Duldsamkeit, und noch im Jahre 1910 mußte sich sogar der Papst mit dieser Angelegenheit befassen. Es wäre zweifellos interessant, Stichproben damaliger Pressestimmen zu geben, wenn uns nicht der Platzmangel hinderte. Deshalb sei nur kurz erwähnt, daß 1908 in Zürich eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer tagte, die ihren bedrückten Herzen Luft und den Bischöfen den Standpunkt klar machen wollten. Dort erklärte Giesberts, man müsse eifersüchtig darüber wachen, daß keine Leute in die christliche Gewerkschaftsbewegung hineinkämen, die nur religiöse Propaganda treiben wollten. Schiffer meinte, wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handele, habe der Bischof kein Recht, ein Machtwort zu sprechen. Stegerwald ging noch weiter, indem er sagte, solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verböten, sich mit Andersgläubigen zu wirtschaftlichen Zwecken zu verbinden, hätte kein Papst und Bischof das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben. Und sogar Wieber vom christlichen Metallarbeiterverband, der noch im Jahre 1900 aus dem Ausschuß ausgeschlossen worden war, weil er die Parität seiner Gewerkschaften entschieden abgelehnt hatte, betonte in Zürich die Pflicht, den kirchlichen Oberen beizubringen, daß es ein Unding sei, in den wirtschaftlichen Kämpfen die katholischen Arbeiter von ihren evangelischen Genossen zu trennen.

So taumelten diese Gewerkschaften zwischen Radikalismus und Knechtseligkeit, zwischen Klassenkampfgehlüsten und Streikbruchstimmung hin und her. Einmal von der herrschenden Klasse als Retter vor dem Umsturz gepriesen, das andere Mal mit Fußtritt bedacht, lebten sie immer in der Furcht, das Machtwort einer kirchlichen Autorität könnte sie vom Leben zum Tode befördern.

Erst die Revolution von 1918 hat hier Wandel geschaffen. Eine größere Freiheit auf allen Gebieten ließ die Bruderkämpfe vergessen und brachte einigen Aufschwung. Umso interessanter ist es nun, daß gerade jetzt im Westen Deutschlands eine Bewegung im Gange ist, evangelische Gewerkschaften zu gründen, was natürlich auf der anderen Seite rein katholische Gegengebilde und damit eine Zersplitterung der christlichen Gewerkschaften hervorrufen würde. Es rächt sich also bitter, daß man wahre religiöse Neutralität nur vorgetauscht, aber nie besessen hat, was sich allein schon aus der anti-religiösen Unduldsamkeit gegenüber den freien Gewerkschaften ergibt. Die Angelegenheit hat aber trotz der ebenfalls so oft betonten politischen Neutralität sogar noch eine politische Seite. Das führende Zentrumsorgan, die „Germania“ schrieb nämlich, die Drahtzieher wollten die christlichen Gewerkschaften von dem ver-

hängnisvollen Geist des Zentrums, von der Richtung Erzberger-Wirth, von Internationalismus (!) und Demokratie (!) befreien und sie in den großen völkischen Befreiungskampf eingliedern! Anschließend beschäftigt sich die „Germania“ mit ihrer Konkurrenz, der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ und bescheinigt ihm, daß er längst nicht mehr die Auffassung der erdrückenden Mehrzahl der christlichen Gewerkschaften vertritt, weil er — täglich in zwei Töpfen koche, einem deutschnationalen und einem völkischen, dann aber die Suppe in einen Teller gieße. Hier bescheinigt man sich also im eigenen Lager ausdrücklich die politische Einstellung nach der extremen rechten Seite, während man dies uns gegenüber bisher stets abgeleugnet hat und das christliche Zentralblatt vom 18. August d. J. betont weiter, daß man sich zu stark auf Politik eingestellt und zuviel von ihr erwartet habe. Die christlichen Funktionäre müßten sich parteipolitisch einer gewissen Zurückhaltung befleißigen und sich nicht gegenseitig mangelnder nationaler Einstellung beschuldigen, denn nicht der sei wirklich national, der sich in der Öffentlichkeit mit lauten Wortschwall so nenne, sondern wer sich zu den größten Opfern für Heimat, Volk und Vaterland bereit finde!!

Das ist zweifellos ein sehr deutlicher Wink an die Deutschnationalen, die sich nur dann zu Opfern bereit finden, wenn andere sie tragen, wobei man sich daran erinnern muß, daß die Herren Franz Behrens und G. Hülser vom christlichen Landarbeiterverband ebenfalls dieser Partei angehören und daß ein Herr Wilh. Schmidt aus Spandau, früher christlicher Angestellter, jetzt Vorsitzender des Reichsbundes vaterländischer Vereine, die Absicht hat, den christlichen Landarbeiterverband mit dem Reichslandbund zu verbinden, was nur noch eine formelle Sanktionierung eines bereits praktisch bestehenden Verhältnisses bedeuten würde.

Zu der hier skizzierten stark politischen Seite tritt auch noch eine ebensolche persönliche.

Herr Imbusch, der bekannte christliche Bergarbeiterführer, hatte nämlich in seinem letzten Geschäftsbericht sehr starke Kritik an der Tätigkeit des christlichen Gewerkschaftsbundes geübt und eine schärfere Abwehr des Rückwärtskurses der Unternehmer gefordert, weil diese auf bloßes Zureden keinerlei Zugeständnisse in der Arbeitszeit-, Lohn- und Sozialpolitik machten. Dadurch hat er sich den Zorn des großen Allerpolitikers Adam Stegerwald zugezogen, der behauptet, die Zeit des „Faustkampfes“ um bessere Verteilung des Arbeitsertrages sei vorüber, heute handele es sich für die Gewerkschaften um die Schaffung eines gefestigten Staates und einer ebensolchen Wirtschaft.

Man sieht also deutlich, daß es sich bei all dem nicht mehr um einen kleinen häuslichen Streit zweier Sprichklopfer dreht, sondern um die große Frage, ob allgemeine Abmarsch der christlichen Gewerkschaften nach rechts unter Führung eines evangelisch-völkischen Flügels, der völlig abhängig von der gleichen Bewegung im Unternehmerlager ist oder Spaltung dergestalt, daß dann die Evangelischen allein diesem Ziel zusteuern und dadurch ihre bisherige gemeinsame Organisation zerschlagen.

Wenn man also selbst im Glashauss sitzt, müßte schon einfachste politische Klugheit verhindern, andere Leute mit Steinen zu werfen, da diese Lehre aber in der Redaktionsstube der christlichen Gärtnerzeitung nicht befolgt worden ist, sei es uns gestattet, die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Völkischen und der Achtstundentag.

In einer Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ rechnete der nunmehr aus der Fraktion des völkischen Blockes ausgeschlossene bayerische Abgeordnete Wiesbacher in außerordentlich gründlicher Weise mit seinen bisherigen Fraktionsfreunden ab und erzählte dabei sehr bezeichnende Intimitäten über die sog. Arbeiterpolitik der völkischen Fraktion.

„Ich erstaunte, als ich nach der Wahl in die völkische Fraktion kam. 17 Mitglieder gehören der Intelligenz an, 4 der Landwirtschaft und ich als einziger der Arbeiterschaft. Man hat mich ganz hinten hingesetzt, ich bin das fünfte Rad am Wagen. Aber die Herren der Intelligenz (Zurufe: Pöhner) werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß sie die Arbeiter zum fünften Rad am Wagen machen können. Als ich meinen ersten Antrag einbrachte, wurde ich zunächst ruhig angehört, aber schon beim dritten Antrage über die Frauenarbeit wurde mir vom Vorsitzenden erklärt: „Aber, Herr Kollege, wir haben doch schon 25 Anträge, da müssen Sie die Ihrigen schon etwas zurückstellen.“ Streicher hat in der Fraktion verlangt, daß ein Revers unterschrieben werden müsse, daß kein Abgeordneter der Freimaurerei angehöre. Aber da wurde man unruhig, und mancher klopfte nervös mit den Fingern auf den Tisch, und als Streicher drängte, wurde die Stimmung außerordentlich ungemütlich. Es kam dann in der Fraktion öfters zu solchen Differenzen, und dann sagten Streicher und ich: „Das ist uns zu dumm, da

Aus mühseligen Tagelöhnern der Industrie wollen wir alle zu schönen, starken Menschen werden, denen die Welt gehört als ein ewig unversiegbarer Quell höchsten Genusses.

Richard Wagner.

gehen wir nicht mehr hin.“ Wenn die Arbeiter einmal sehen würden, wie es dort zugeht, dann würden sie alle davonlaufen. Diese Herren von der Intelligenz gewinnen keinen Arbeiter, auch wenn sie sich noch so sehr als Arbeitervertreter aufspielen. Als kürzlich die sozialdemokratische Abgeordnete Ammon einen vernünftigen Antrag zum Achtstundentag, zur Erwerbslosenfrage und zur Frauenfrage einbrachte und ich sagte, das unterstreiche ich, da wurden mir heftige Vorwürfe gemacht. Als dann die völkische Fraktion zu den Anträgen betreffs Achtstundentag Stellung nehmen sollte, war unser Abgeordneter, der sprechen sollte, nämlich Frühauf (Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes München), mit seinem Material plötzlich verschwunden. Sein Ersatzmann weigerte sich dann zu reden, und schließlich tat es dann Dr. Buttman. Wie so ein Doktor über den Achtstundentag spricht, kann man sich denken, und als er in der Nürnberger Versammlung mit seiner Leistung prahlte und auftrumpfte, haben wir ihm die Stiefel gründlich gewischt. Der Erfolg war, daß er mich als Marxist verdächtigte und durch die Polizei aus dem Saale weisen ließ. Aber es nutzt den Herren nichts, der Tag wird kommen, wo auch mit ihnen abgerechnet werden wird. Wenn sie mich ausschließen, sollen sie es ruhig tun, das ist mir egal, aber dann kommen diese Herren auch nicht mehr auf ihre Stühle, auf denen sie jetzt sitzen.“

Wir haben diesem interessanten Zeitdokument ausnahmsweise auch in unserer Zeitung Raum gewährt, weil wir die Beobachtung gemacht haben, daß sich auch in unsere Reihen einige solcher teutonischen Recken eingeschlichen hatten, die trotz ihrer großen Jugend oder vielleicht gerade deswegen Droh- und Schmähbriefe im Gossenton an uns richteten, aber nicht den Mut besaßen, ihren ehrenwerten Namen unter diese Schmutzfinckereien zu setzen. Infolgedessen beneiden wir eine Partei, die solche „Charaktere“ besitzt, wirklich nicht, sind aber gespannt, wie man die übrige Welt an solchem deutschen Wesen genesen lassen will. Vielleicht sorgt der Spalbazillus, der jetzt unter diesen Ehrenmännern wühlt, für eine baldige schmerzlose Auflösung der ganzen Gesellschaft, die für Deutschland nicht nur eine außerordentliche Gefahr, sondern vor allem eine große Blamage darstellt.

Wer aber jemals glaubte, daß diese Leute wirklich Arbeiterinteressen vertreten würden, der hat hier einen glänzenden Beweis für die Tätigkeit dieser Unternehmersöldlinge und wird sich mit Ekel abwenden.

Rundschau.

Aufwertung von Sparkassenguthaben.

Auf Grund der 3. Steuernotverordnung und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen fordern jetzt zahlreiche öffentliche Sparkassen ihre Kunden auf, etwaige Aufwertungsansprüche bis zum 31. Dezember d. J. geltend zu machen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Materie selbst nicht überhaupt noch grundlegend geändert wird.

Ermäßigung der Umsatzsteuer.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 wird der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2½ auf 2 v. H. ermäßigt. Für die vom genannten Zeitpunkt ab erfolgenden Umsätze ist die Steuerermäßigung bei der Preisgestaltung zu berücksichtigen. Für die bis Ende September 1924 erledigten Umsätze bleibt der Steuersatz von 2½ v. H. maßgebend.

Übersendung der Tarifverträge an die Gewerbeaufsichtsbeamten.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat am 11. Juli folgenden Erlaß herausgegeben.

„Es sind Zweifel darüber aufgetaucht, ob auch die durch Vermittlung der Schlichtungsbehörden freiwillig oder zwangsweise (Verbindlicherklärung) zustande gekommenen Tarifverträge unter § 6 b Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung der Verordnung vom 31. Mai 1920 im Sinne meines Erlasses vom 13. März 1924 — IIIa gen. 2. 24 — fallen. Da auch die so zustande gekommenen Vereinbarungen Tarifverträge im Sinne der Verord-

Nichts kommt dem, der die menschlichen Dinge mit einem philosophischen Auge betrachtet, erstaunlicher vor, als die Leichtigkeit, womit die vielen von den wenigen regiert werden; und die blinde Hingebung, womit Menschen ihren eigenen Sinn und Willen dem Sinne und Willen ihrer Beherrscher überlassen.

David Hume.

Tretet überall ein für die Erstarkung und Erhaltung der Organisation! Ihr braucht sie nötiger als je! Nur geeinte Kraft schützt die Interessen der Kollegen. Am festen einheitlichen Willen werden die Machenschaften unserer Gegner zerschellen.

nung vom 23. Dezember 1918 sind (vgl. § 5 Abs. 4, Satz 2, 3 und § 6 Abs. 3 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923), fallen auch sie unter die Übersendungspflicht. Ich ersuche, die beteiligten Organisationen und Arbeitgeber hierauf besonders aufmerksam zu machen und für eine den Bedürfnissen der Gewerbeaufsicht Rechnung tragende Beachtung der gesetzlichen Verpflichtungen zu sorgen.

Allgemeine Verfügung des Justizministeriums vom 10. Juni 1924 über die Räumung von Werkwohnungen im Wege der Zwangsvollstreckung (I. 12. 967). (Justizministerialblatt S. 250.)

Da es zur Vermeidung von Betriebsstörungen, namentlich bei landwirtschaftlichen Betrieben, erforderlich ist, daß die mit dem Betriebe verbundenen Werkwohnungen den Betriebsangestellten tunlichst in vollem Umfange zur Verfügung stehen, weise ich darauf hin, daß die auf Herausgabe von Werkwohnungen §§ 20 ff. des Gesetzes über Mieterschutz und Mietseignungsämter vom 1. Juni 1924 — Reichsgesetzbl. I. S. 353) lautende Urteil wegen der Eilbedürftigkeit dieser Sachen mit tunlichster Beschleunigung auszufertigen und zu vollstrecken sind. Ist die Zwangsvollstreckung nach dem Urteil nicht von der Sicherung eines Ersatzraumes abhängig, so haben die Gerichtsvollzieher nach Erstattung der ihnen gemäß der AV. vom 11. Dezember 1919 obliegenden Anzeige die Räumung unverzüglich durchzuführen. Bei den Geschäftsrevisionen ist die Beachtung dieser Vorschriften besonders nachzuprüfen.

Wiedereintritt von Mitgliedern der Betriebsvertretung in ihre Ämter nach einem Streik.

Aus den Gründen der Entscheidung des Gewerbegerichts in Königberg i. Pr. als Arbeitsgericht vom 29. April 1924.

In der Sache selber hat das Gewerbegericht den Standpunkt eingenommen, welchen auch Flato in seinem Kommentar zu § 39 B. R. G. unter Anm. 4 und Landgerichtsrat Denecke in der Zeitschrift „Das Schlichtungswesen“ Nr. 11 vom November 1923 S. 205 vertritt. Eine Abrede nach Abschluß des Streiks, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollen, kann hiernach objektiv nur so verstanden werden, daß das Arbeitsverhältnis trotz Kündigung als nicht erloschen gelten soll. Wenn aber in diesem Sinne eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht stattgefunden hat, so mußten auch alle Eigenschaften und Funktionen, welche für einen Arbeitnehmer durch sein Arbeitsverhältnis begründet waren, trotz des Streiks und trotz der Kündigung unverändert bleiben. Zwar können die Beteiligten selbstverständlich nicht vereinbaren, ob ein Arbeitnehmer Betriebsrat bleiben soll oder nicht; denn diese öffentliche-rechtliche Funktion unterliegt nicht der Privatvereinbarung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; wohl aber können die Beteiligten hinsichtlich des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses alles das vereinbaren, was gesetzlich nicht verboten ist; sie können daher auch vereinbaren, daß eine geschehene

Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses rückgängig gemacht wird. Wenn aber eine solche rechtlich erlaubte Rückgängigmachung erfolgt ist, so folgt daraus (unabhängig vom dem Willen der Beteiligten) von selbst, daß die mit dem Arbeitsverhältnis verbundene Betriebs-eigenschaft als nicht erloschen gilt.

Demgemäß war wie geschehen das Fortbestehen der Funktionen der hier in Frage kommenden Betriebsratsmitglieder festzustellen.

Das „Stahlbad“.

Deutschland ist heute ein unglückliches Land, es hat alle Lasten des verlorenen Krieges zu tragen. Furchtbar waren die direkt dem Kriege, dem „Stahlbade“ der Deutschen und Deutschvölkischen, gebrachten Opfer. Um

1872 635 im Kriege Gefallene, von Granaten Zerfetzte, im Giftgas erstickte, in der See ertrunkene, alles Männer im blühendsten Leben, weinen die deutschen Mütter, Frauen, Bräute, Kinder.

4 247 882 Verstümmelte und Verwundete, darunter völlig Erblindete, der Sprache oder des Gehörs, eines Armes oder Beines oder beider Beraubte siechen dahin, sind ihren Angehörigen eine Last statt einer Freude, haben als „Dank des Vaterlandes“, der ihnen gewiß sein sollte, eine Hungerrente. 800 000 Menschen starben im Weltkriege in Deutschland direkt an Hunger.

Das sind die direkten Opfer Deutschlands während des „Stahlbades“. Eine ungeheure Zahl indirekter Opfer des verlorenen Krieges gibt es daneben. Die heranwachsende deutsche Jugend ist unterernährt, ist um zwei bis drei Jahre in der körperlichen Entwicklung gegenüber den Kindern in den Siegerländern und im neutralen Auslande zurückgeblieben. Eine Million Arbeitslose und ihre hungernden Familien sind allein im unbesetzten Gebiet Deutschlands noch heute, fünf Jahre nach Kriegsende, indirekte Opfer.

Das ist die deutsche Bilanz des „Stahlbades“ 1914—1918!

Sterbetafel

Am 22. September starb nach langer, schwerer Krankheit das Mitglied der Ortsverwaltung München, der Kollege Johann Bray im Alter von 61 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Bücherschau

„Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.“ Von Hans Hackmack. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. „Eine Friedensrede an die deutsche Jugend.“ Von Hans Hackmack. Verlag von Ernst Oldenburg, Leipzig. Preis 0,25 Gm.

Herbst-Preisaufgabe

Ewr - steruz - otmkm - ltham - ruzste

Jeder ist Gewinner

der uns obiges Sprichwort in richtiger Lösung ein-sendet, und jeder Löser nimmt teil an der Verteilung der nachstehenden Preise:

1 Automobil

oder eine kompl. Wohnungseinrichtung
1 Motorrad oder ein Esszimmer,
1 Piano oder ein Wohnzimmer,
4.-203. Preis = 200 la Taschenuhren
und eine grosse Anzahl kleine Preise

Die Verteilung erfolgt unter Aufsicht eines Notars. Die geringen Versandkosten muß der Einzeler tragen. Die Einsendung muß sofort erfolgen, verpflichtet zu nichts und ist ohne Risiko. Für Rückporto, Druck-sachen, Schreiblohn usw. sind Gebühren der Lösung beizufügen. (Briefporto 10 Pfg.) Schreiben Sie sofort an Globus-Versand Holar-Stamm, Brannschweig 2094

Preussische Staatslotterie

Ziehung der 1. Klasse am 10. u. 11. Okt.
Höchstgewinn:

Eine Million Renten-mark

Hauptgewinne Mark:

500 000
300 000
200 000
150 000
usw.

Achtel Viertel Halbe Ganze Lose
zu 3,- 6,- 12,- 24,- M.
Porto und Liste 25 Pf. extra.

Schwarz Berlin
Staatl. Lotterien-Einnehmer
Neue Königsstr. 66 und Potsdamerstr. 230.
Postfach: Berlin 311 50. Tel.-Nr.: 311 50 10.

2 Herren-

Rad
(alle 3 Räder gebraucht aber gut erhalten und stabil), auch 1 Trumau
verkauft, nur gegen bar.
Fischer
Berlin NW 87
Sickingenstraße 541

Suche ledigen, ansässig gesinnten Gärtner

welcher gleichzeitig Fahren und Pflege eines Privatautos übernimmt. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten unter 4685 an Krieger-Dank, Berlin SW 29.

Gefillensprüngen u. Obegärtnerprüngen

erfordern naturgemäß eine gründliche Vorbereitung. Wer sich nun eingehend über die Bedeutung der Gärtnerlei im deutschen Wirtschaftsleben unterrichten will, dem empfehlen wir das Studium des Artikels:

„Die deutsche Gärtnerlei als Wirtschaftsfaktor“ in Nr. 2 u. 3 unseres „Gärtnerlei-Fachblattes“ vom Jahre 1923.

Beide Hefte geben wir, solange Vorrat reicht, zum Preise von 50 Pfg. einschl. Porto an alle Interessenten ab.

Verlag des Gärtnerlei-Fachblattes
BERLIN S 42, Luisenufer 1